

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 8 – 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Dazu sagt der medienpolitische Sprecher
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Thorsten Fürter:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 711.11 / 16.12.2011

Schnüffelei der GEZ beenden!

Mit großen Zielen ist der 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag gestartet, die grundsätzliche Systemänderung durch den Wandel von der personen- und gerätebezogenen Gebühr zu einer Haushaltsabgabe sollte die Schnüffelei der GEZ beenden, zu einem gerechteren System führen.

Auch wir Grünen hielten diesen Systemwechsel für notwendig und hatten schon vor längerem eine Mediengebühr pro Haushalt vorgeschlagen. Wir bleiben bei dieser Überzeugung. Das alte Rundfunkgebührenmodell passt nicht mehr in eine Zeit, in der immer neue rundfunkfähige Geräte entwickelt werden. Deswegen haben nicht alle, aber viele Grüne Landtagsfraktionen dem Staatsvertrag zugestimmt.

Unser Ziel war es jedoch vor allem, die Schnüffelei der GEZ zu beenden: Durch den Wechsel von der geräteabhängigen Rundfunkgebühr zur Haushaltsabgabe sollten weniger Daten als zuvor erhoben werden. Aber genau das ist nicht passiert. Anstatt dass die GEZ auf Daten der Meldeämter zurückgreift und so die Haushalte ermittelt, darf sie auch bei nichtöffentlichen Stellen Daten erheben.

Konkret heißt dies, dass die GEZ also auch VermieterInnen befragen kann, wer der oder die HauptmieterIn einer Wohnung ist und sogar auch, welche Menschen sonst noch dort wohnen. Durch die Auskunftspflicht für VermieterInnen werden diese in die zweifelhafte Rolle der DenunziantInnen gedrängt. Statt beim Datenschutz einen Schritt nach vorn, geht es jetzt zwei Schritte zurück. Da können wir nicht mitgehen.

Künftig könnten also VermieterInnen in regelmäßigen Abständen Post von der GEZ bekommen: Es droht – ganz nebenbei – eine Aufblähung der Bürokratie. Und so ist es auch logisch, dass die GEZ ihre Mitarbeiterzahl kräftig erhöhen wird.

Durch die Umstellung werden also - nicht wie erhofft - Stellen abgebaut, sondern zuerst einmal aufgebaut. Insgesamt sind es 400, die zu den 1150 MitarbeiterInnen hinzu kommen. Ob diese dann auch wieder abgebaut werden und zusätzliche Stellen wegfall-

len werden, ist zweifelhaft. Die GEZ selbst geht davon aus, dass sie langfristig 80 Prozent des bisherigen Personalbestandes erhält. Kein Wunder, wird sie doch neben der bestehenden Meldestruktur quasi zu einer zweiten Meldebehörde, die fast identische Daten erhebt. Das ist ein bürokratisches Monstrum sondergleichen.

Statt das Melderecht entsprechend anzupassen und die Erhebung der Daten auf die Meldeämter zu übertragen, werden damit künftig zwei Organisationen betraut. Hier drängt sich die Frage auf, ob der Staatsvertrag vor allem ein Vertrag zur Rettung der GEZ sein soll.

Zum Abschluss, der Wahlkampf naht, zur FDP: Groß hat Wolfgang Kubicki im September die Backen aufgeblasen. Es bestünden erhebliche Zweifel am Rundfunkänderungsstaatsvertrag, die GEZ würde eine „Supermeldebehörde“ und der Vertrag sei aus datenschutzrechtlichen Gründen abzulehnen. Sehr richtig, Herr Kubicki!

Den Rückzug der FDP musste dann allerdings Frau Brand-Hückstädt vor kurzem verkünden: Zähneknirschend würde die FDP dem Vertrag zustimmen. Eine tolle Arbeitsteilung haben Sie in ihrer Fraktion.

Am Gesetzentwurf hat sich allerdings nichts geändert.

Wir haben es in der Hand: Wenn Schleswig-Holstein den Gesetzentwurf ablehnt, tritt der Staatsvertrag insgesamt nicht in Kraft. Es wäre dann Aufgabe der Ministerpräsidenten, aus der eigentlich guten Idee auch einen guten Rundfunkstaatsvertrag zu machen.
